

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 9

Artikel: Erneuerungspartei, Demokraten und Radikale
Autor: Mati, Ljubomir
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092725>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ljubomir Matic zu den Oppositionsparteien in Serbien (I)

Erneuerungspartei, Demokraten und Radikale

Nach jüngsten Angaben gibt es in Serbien insgesamt 88 gesetzlich eingeschriebene politische Parteien. Ihr Einfluss ist, mit einigen wenigen Ausnahmen, allerdings eher gering. Es ist sogar schwer herauszufinden, inwieweit sie fähig sind, wenigstens ein Minimum an Bürgern hinter sich zu ziehen, und inwieweit sie wirklich aktiv handeln.

Dass seit 1989/1990 eine solche Menge von Parteien gegründet wurde, ist auf die chaotische Lage in der Politiszene nach der Aufhebung des Einparteiensystems zurückzuführen, ein Phänomen, das auch in anderen osteuropäischen Ländern anzutreffen ist. Darüber hinaus hat aber auch die Sozialistische Partei (damals noch der Bund der Kommunisten Serbiens) zu dieser verwirrenden Lage beigetragen, indem sie die Möglichkeit bot, aus jeder noch so kleinen Bewegung eine politische Partei zu machen. Dies in der Annahme, dadurch die Bildung eines Gegenblocks verhindern und damit ihre Alleinherrschaft verlängern zu können.

Neben Einzelkämpfern auch echte Opposition

Manche Parteien sind aus rein pragmatischen Gründen entstanden; denn mancher Initiator hatte nicht etwa das Ziel, an die Macht zu gelangen, sondern nur sich selbst zu schützen. Weil damals noch immer damit gerechnet werden musste, für regimiekritische Äusserungen auf die Anklagebank gesetzt zu werden, dachten sich Unternehmungslustige, dass diese Gefahr durch die Gründung einer Partei umgangen werden könne, in deren Schutz sie dann das aussprechen und schreiben konnten, was sie dachten. Solche Parteien haben natürlich nie, und schon gar nicht heute, eine solide Mitgliederbasis anziehen können.

Es sind aber auch, und das von Anfang an, durchaus Parteien mit Oppositionscharakter entstanden, die die Sozialisten ernstzunehmen haben und deren Einfluss auf die Politik allmählich gewachsen ist. Dazu gehören vor allem die Serbische Erneue-

rungsbewegung (SPO) und die Demokratische Partei (DS), von denen es immerhin zwanzig Kandidaten bei den Wahlen gelungen ist, Sitze in der ersten multiparteilichen Nationalversammlung Serbiens zu erobern.

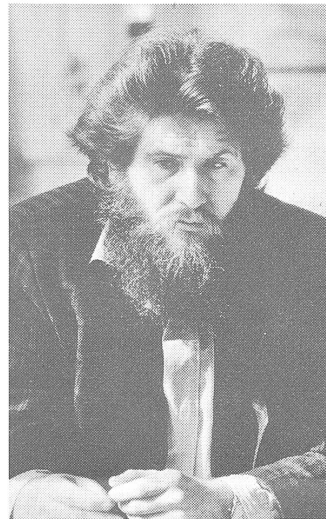
Aufruf zur Desertion

Die Serbische Erneuerungsbewegung unter Vuk Drasković ist die grösste Oppositionspartei Serbiens und hat Mitglieder und Wähler aus fast allen Bevölkerungsschichten. Ihr Ziel ist die Errichtung eines starken demokratischen Serbiens als parlamentarische Monarchie mit freier Marktwirtschaft und mit einer weltweiten Zusammenarbeit mit allen demokratischen Staaten. Ein solches Serbien sollte auch ein Rückhalt für die ausserhalb ihres Mutterlandes lebenden Serben sein, weshalb die Partei eine Lösung der serbischen Frage auf friedlichem, das heisst auf dem Verhandlungswege befürwortet.

Deshalb auch hat die Partei ihre Mitglieder dazu aufgerufen, der Einberufung zum Wehrdienst nicht Folge zu leisten, die Kriegsschauplätze zu verlassen und sich an Friedensaktionen in Serbien zu beteiligen. Diesen Aufruf haben Parteimitglieder, soweit es ihnen möglich war, auch befolgt, weshalb sich Vuk Drasković von seinen politischen Gegnern, den Sozialisten und den Radikalen, den Ruf eines «serbischen Landesverrätters» zuzog, was diesen freilich wenig berührte.

Bewegte Politkarriere

Vuk Drasković selbst hat eine ziemlich verwickelte politische Vergangenheit. Ende der 70er Jahre, er war damals ein praktisch unbekannter Regimejournalist, trat damals mit Romanen an die Öffentlichkeit, die einen kräftig antikommunistischen und, was noch bedeutender ist, serbisch nationalistischen Unterton hatten. Beide diese Charakteristiken haben auch die Anfänge seiner politischen Laufbahn bestimmt. Es sei nur an seine rohen Drohungen gegen die Sandschak-Muslime erinnert (im Sandschak leben rund 100 000 Muslime), wonach er «die Hand abschnei-



Der Oppositionsführer Vuk Drasković.

den würde, die die grüne Prophetenflagge hisst».

Mit den Jahren aber hat Vuk Drasković seine Ansichten gemässigt. Er hat seinen extremen, militanten Nationalismus zugunsten der Option einer liberalen Demokratie aufgegeben, was ihm viel Sympathie des sich vor einer ausländischen Militärintervention fürchtenden Serbiens eingebracht hat. Seine antikommunistische Ausrichtung aber behielt er bei.

Die politische Kehrtwendung des Parteiführers brachte natürlich auch einen Wechsel in der Partei selbst mit sich. Zudem kam es auch zu einer stärkeren Bindung an die politischen Standpunkte der zwar national gefärbten, aber trotzdem toleranten serbisch-orthodoxen Kirche. Damit nimmt die Partei allmählich auch die Physiognomie christlich-demokratischer Parteien des Westens unter den spezifischen Bedingungen in Serbien an.

Auf Konfrontationskurs

Das, wovon Vuk Drasković aber nicht ablässt und was ihn auch von den anderen Oppositionsparteien klar unterscheidet, ist seine Bereit-

schaft zu ausserparlamentarischen Aktionen. Dazu gehören beispielsweise öffentliche Veranstaltungen und Demonstrationen gegen die Behörden, wobei beide Seiten auch vor Gewalt nicht zurückschrecken. Bereits die erste solche Versammlung am 9. März 1991 mit 100 000 Teilnehmern war von blutigen Zusammenstössen mit der Polizei gekennzeichnet, bei denen es zwei Todesopfer, je ein Teilnehmer und ein Polizist, gab. Ruhe kehrte erst wieder ein, als damals erstmals Panzer in den Strassen Belgrads auffuhren. Das hatte sich nicht einmal Tito während seiner Herrschaft geleistet.

In der Einsicht, dass er im Regime einen ebenso entschlossenen Gegner hatte, wie er selbst es ist, führte Vuk Drasković ein Jahr später eine weitere Versammlung durch, diesmal aber so, dass es zu keinen Zusammenstössen mit den Ordnungshütern kommen sollte. Dieser Konvent wurde am 28. Juni, dem St.-Veits-Tag abgehalten, jenem hohen Feiertag Serbiens, an dem der serbischen Niederlage gegen die Osmanen im Jahre 1389 auf dem Amsfeld im Kosovo gedacht wurde. Damals hatte Serbien die Unabhängigkeit verloren, und der Sieg der Osmanen leitete deren 500jährige Herrschaft über Serbien und die südliche Balkanhalbinsel ein. Zu Draskovićs grossem Bedauern war diese Versammlung trotz der rund 100 000 Teilnehmer ein völliger Misserfolg, gerade weil sie friedlich verlief.

Friedliche Demonstrationen ohne Wirkung

Dies verlangt eine Erklärung. Es kann nicht genug darauf verwiesen werden, dass das oft als totalitär und bolschewistisch bezeichnete Regime dem Vergleich mit jenen wirklich totalitär-bolschewistischen Staaten lange nicht standhielt. Mindestens bis anhin war es in Serbien möglich, gegen die Sozialisten und ihre Herrschaft zu schreiben und zu sprechen, regimiekritische Massendemonstrationen zu organisieren, ohne dass überhaupt reagiert wurde.

(In der Ära Tito wurden jährlich rund 300 politische Gefangene wegen

«verbaler Vergehen» wie feindliche Propaganda, Nationalismus, Liberalismus, Missbrauch der Religion zu politischen Zwecken usw. vor Gericht gestellt. Im Mai 1990 erliess der Bundesrat, die Volkskammer des jugoslawischen Parlaments, eine weitgehende Amnestie für politische verbale Delikte.)

So war es beispielsweise möglich, dass die Mauern des Belgrader Universitätsgebäudes während der Studentenunruhen im vergangenen Sommer mit Plakaten beklebt wurden, die für Präsident Milošević beleidigende Parolen enthielten. Was das Belgrader Wetter inzwischen nicht unsichtbar gemacht hat, kann heute noch gelesen werden. Aber wie der 9. März 1991 gezeigt hatte, ist das Regime durchaus bereit, auf Gewalt mit mindestens so viel Gegengewalt zu reagieren.

Und hier liegt die Antwort auf die gestellte Frage. Mit friedlichen Demonstrationen erreichte Drasković nichts. Nachdem das Regime zum voraus gewarnt hatte, dass es Unruhen unterdrücken und dazu als eine in einem Mehrparteiensystem gewählte Behörde auch berechtigt sei, konnte das Regime allen an der Versammlung gehaltenen Ansprachen prompt zustimmen.

Unruhen am diesjährigen St.-Veits-Tag?

Seines Fehlschlages bewusst meldete Vuk Drasković für den diesjährigen St.-Veits-Tag handfestere Aktionen an. In einem Interview mit der Belgrader Wochenzeitschrift «NIN» vom 9. April gestand er die Niederlagen an den Massenveranstaltungen ein, da es sich dabei ja nur um «Kammermeetings» gehandelt habe. «Das haben wir jetzt während drei Jahren versucht, und es hat sich abgenutzt. Was und wie es diesmal sein wird, darüber mich in Zeitungen zu äussern habe ich nicht die Absicht. Aber dass es ein entschlossener Widerstand sein muss, das scheint mir unzweifelhaft. Die Qual führt zu nichts. Ich wiederhole: Wir sind an die Wand gedrängt – also wir oder «sie».»

Dazu haben die Behörden bisher geschwiegen. Sollten sie reagieren, kann man davon ausgehen, dass sie, wie bis anhin, darauf hinweisen werden, dass die Sozialisten in den Wahlen die meisten Stimmen gewonnen haben (wenn auch nicht die absolute Mehrheit), dass ihre Machtausübung deshalb legitim sei, und dass sie sich gegen Draskovićs widerrechtliche Angriffe wehren werden. Das Recht auf «Notwehr» gegen Vuk Drasković wie auch gegen andere Oppositionsführer reklamieren die Behörden auch mit der Begründung für sich, dass sie die einzigen authentischen Vertreter der Interessen aller Serben seien und sie, indem sie sich selbst schützen, zugleich auch alle Serben schützen.

Gemischthethnische Partei

Erheblich kleiner als die Serbische Erneuerungsbewegung ist die in Serbien trotzdem sehr beachtete Demokratische Partei, die vom Belgrader Philosophieprofessor Dragoljub Mincunović angeführt wird. In ihr sind bekannte Wissenschaftler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens vertreten, und zu ihren Merkmalen gehört, dass sie neben serbischen Mitgliedern auch solche anderer ethnischer Herkunft hat.

Die Demokratische Partei vertritt mehr ein bürgerliches als ein nation-

alistisches Ideal, obschon auch sie durchaus ihre Ansichten zur serbischen Nationalfrage und zu deren Lösung vertritt, wobei sie betont, dass jedes Volk sein Recht auf Selbstbestimmung habe. In ihrem Wirtschaftsprogramm setzt sich die Demokratische Partei für eine rasche Privatisierung des Eigentums ein. Dies teils durch den Verkauf von Anteilscheinen wie in der ehemaligen Tschechoslowakei, teils durch Versteigerungen. Sie verfiucht auch die Idee einer regulierten Marktwirtschaft nach dem Vorbild der meisten sozialdemokratischen Programme im übrigen Europa.

Nationales sozialistisches Bündnis

Zu den inzwischen wichtigsten Parteien im serbischen Raum, neben den Sozialisten, gehört seit den letzten Wahlen und sozusagen über Nacht die von Vojislav Seselj angeführte Radikale Partei Serbiens. Sie kann im Grunde nicht zur Opposition gezählt werden, weshalb sie eigentlich nicht in diesen Bericht gehört. Gleichwohl einige Bemerkungen dazu.

Unter dem Flügel der Sozialisten wuchs sie zu einer, wenn auch fiktiven, Oppositionspartei heran, um die Stärkung echter Oppositioneller zu verhindern. Zur unangenehmen Überraschung der Sozialisten ist es

den Radikalen aber in den letzten Wahlen gelungen, zur zweitstärksten politischen Partei aufzurücken, indem sie unter dem Schutz der regierenden Sozialisten und verantwortungslos lauthals das stille Denken der Regierung erläuternd an Popularität gewann. Die relative Mehrheit der Sozialisten, denen die echte Opposition im Parlament die Zusammenarbeit verweigerte, war damit zu einem Zusammengehen mit den Radikalen gezwungen. Eine eigentliche Koalition gingen die Sozialisten aber wegen parteiinterner Widerstände nicht ein.

Unter dem Schirm der Sozialisten haben sich die Radikalen in Tat und Wahrheit in das politisch rechteste Spektrum begeben – mit Merkmalen faschistischer Parteien. Da konnten die Roten nicht einmal sich selbst überzeugen, ein Bündnis mit dieser Partei einzugehen. Manche äussern aber den Verdacht, dass die Sozialisten die Radikalen sozusagen als Lautsprecher benutzen, damit diese das aussprechen, was die Sozialisten als Regierungspartei öffentlich auszusprechen sich nicht leisten können. So zum Beispiel, dass der Vance-Owen-Plan zur Befriedung Bosnien-Herzegowinas als ein für die Serben schädlicher Vorschlag zu verwerfen sei, oder dass den Serben ausserhalb Serbiens Militärhilfe geleistet werden müsse und dergleichen mehr. ■

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's